

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Marx (Kaiserslautern), Leicht,
Holkenbrink, Becker, Baier, Franzen und Genossen**

**betr. deutsche Beschäftigte bei den alliierten Streit-
kräften**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Ergebnisse haben die bereits seit Juni 1966 laufenden Verhandlungen der Bundesregierung mit den Vertretern der Entsendestaaten über eine Neufassung des Artikels 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bisher erbracht?
2. Waren dabei die Entsendestaaten bereit, den Vorstellungen der Bundesregierung zu folgen?
3. Bis wann können die genannten Verhandlungen, die offensichtlich von Seiten der Entsendestaaten nur schleppend geführt werden, voraussichtlich abgeschlossen werden?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den oft beanstandeten und sowohl rechtlich als auch faktisch unerträglichen Zustand, in dem sich etwa 130 000 deutsche Beschäftigte bei den Alliierten befinden, zu beenden und darauf hinzuwirken, daß im Zuge der Erneuerung und Umorganisation in der NATO die deutschen Beschäftigten die volle rechtliche Gleichstellung und soziale Sicherstellung erlangen?
5. Ist die Bundesregierung bereit, in Verhandlungen mit den Ländern und den Gemeinden, eine Regelung anzustreben, die es erlaubt, eventuell die gegenwärtig bei den alliierten Streitkräften beschäftigten deutschen Staatsbürger – nach Ablegung der notwendigen Prüfungen – in den deutschen öffentlichen Dienst zu übernehmen?

Bonn, den 19. Dezember 1966

Unterschriften umseitig

Dr. Marx (Kaiserslautern)

Leicht

Holkenbrink

Becker

Dr. Hammans

Müller (Remscheid)

Baier

Franzen

Damm

Gibbert

Dr. Giuliani

Gottesleben

Dr. Häfele

Dr. Hofmann (Mainz)

Josten

Dr. Jungmann

Dr. Klepsch

Dr. Müller-Hermann

Rawe

Rommerskirchen

Stahlberg

Dr. Vogel (Speyer)

Dr. Wahl

Dr. Wuermeling